

Keine Arbeiterselbstverwaltung!

SED verwirrt die Diskussion um die „Arbeiterkomitees“

Am Freitag und Sonnabend vergangener Woche tagte in Ostberlin eine hauptsächlich aus Partei- und Betriebsfunktionären rekrutierte „Arbeiterkonferenz“, auf der die SED den vorläufigen Status der „Arbeiterkomitees“ festzulegen versuchte. Die kommunistische Parteiführung versuchte mit dieser Konferenz eine Entwicklung zu bremsen, die zu dem von Ulbricht grundsätzlich abgelehnten Prinzip der „Arbeiterselbstverwaltung“ hinzuführen drohte. Ursache war, daß verschiedene Betriebe, wie z. B. Bergmann-Borsig in Ostberlin und Krupp-Gruson in Magdeburg, „Arbeiterkomitees“ nach jugoslawischem Muster aufzustellen begannen, die ihrerseits nun Betriebsleitungen und Gewerkschaften mit streng umrissenen sozialen Forderungen in die Enge trieben.

So hatte beispielsweise die Belegschaft von Bergmann-Borsig ein provisorisches Arbeiterkomitee aufgestellt, ehe Parteileitung und BGL sich zu einem ähnlichen Schritt entschließen konnten. Die Folge war, daß sich in dem von den Arbeitern vorgeschlagenen Komitee nicht ein einziges Parteimitglied befand.

Als nun die SED versuchte, einzelne Kandidaten dieses provisorischen Komitees wegen ihrer politischen Haltung anzufechten, verzichteten die Arbeiter auf Abteilungsversammlungen auf die Bildung eines solchen Komitees überhaupt und die SED war gezwungen, entgegen den Weisungen des Zentralkomitees nur SED- und FDGB-Angehörige in einer eigenen Kandidatenliste aufzustellen.

Keine geheimen Wahlen

Das hat dazu geführt, daß in den meisten Betrieben die Diskussion um diese Arbeiterkomitees nach ein- bis zweimaligen Ansätzen beendet war. Bis zur Stunde wissen weder die Betriebsleitungen noch die BGL-Funktionäre, wie diese Arbeiterkomitees gewählt werden sollen und welche Vollmachten ihnen zukommen. Die in der SED-Presse hinlänglich propagierte „Arbeiterkonferenz“ hat keine Antwort darauf gegeben.

Sie beschränkte sich auf die Feststellung, daß der „Klassenfeind“ versuchen werde, seine Leute in die Komitees zu schmuggeln. Dabei wurden als „Agenten des Klassenfeindes“ praktisch alle Parteilos und Gewerkschaftsmitglieder klassifiziert, die nicht bereit sind, eine Oberaufsicht der Betriebsparteileitungen über die Komitees zu akzeptieren.

Weitaus interessanter sind darum für uns die Beschlüsse des FDGB-Bundesvorstandes „über die Rolle der BGL bei der Aufstellung betrieblicher Arbeiterkomitees“, die man in der Eile zu publizieren vergaß. Sie gelangen in den nächsten Tagen zur Ausgabe an die BGL-Sekretäre und dürften kaum am Schwarzen Brett ausgehangen werden. Darin wird festgelegt: 1. Die Aufstellung der Arbeiterkomitees soll auf Belegschaftsversammlungen erfolgen. Die Wahl erfolgt durch Akklamation (Zuruf) oder Abstimmung durch Handaufheben. (Wirkliche Komitee-Wahlen hätten aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur Sinn, wenn sie in geheimer Abstimmung erfolgten.) 2. Die Kandidatenliste soll mindestens 70 Prozent FDGB-Mitglieder, aber auch mindestens 40 Prozent Parteiose enthalten. 3. In dem Komitee soll mindestens ein abzustellendes Mitglied der BGL

stimmberechtigt sein. 4. Versammlungen der Arbeiterkomitees können öffentlich und geheim stattfinden, in jedem Fall soll aber ein Mitglied der Parteileitung und der BGL als Beobachter und Berater teilnehmen. 5. Über die Tätigkeit der Komitees ist von diesen selbst Protokoll zu führen. Die Protokolle liegen der Parteileitung und der BGL zur Einsicht vor. 6. Über die speziellen Vollmachten der Komitees wird in gemeinsamer Beratung zwischen Betriebsleitung, BGL und Parteibetriebsgruppe entschieden.

Schnelle Gegenmaßnahmen!

Die Belegschaften der Großbetriebe haben jetzt nur noch eine Chance: So schnell wie möglich eigene Kandidatenlisten aufzustellen, diese auf Betriebsversammlungen durchzudrücken und notfalls mit den Listen der BGL's und Parteileitungen zu koppeln. Entscheiden muß dann die Wahl, auch wenn sie nicht geheim ist. Umfaßt ein Komitee 12 Mitglieder, sollten mindestens 24 Kandidaten aufgestellt werden, davon mindestens 12 von der Belegschaft vorgeschlagene. Weder die SED noch die Betriebsleitung kann dann verhindern, daß ihre Kandidaten „hinausgewählt“ werden.

Sind diese Komitees erst einmal gebildet, muß man danach trachten, ihre Arbeit so rasch wie möglich zu spezialisieren und die einzelnen Komiteemitglieder zu Beratungen mit der Belegschaft zusammenkommen zu lassen. Denn jedes Komiteemitglied hat das Recht, einen „Unterausschuß“ zu bilden und sich dafür Betriebsangehörige heranzuziehen. Auf keinen Fall aber darf die Diskussion bis dahin nach den Richtlinien dieser „Arbeiterkonferenz“ verwässert werden!

Aus den Erfahrungen lernen!

WG. In der britischen Presse fand dieser Tage eine Art Bilanzbesprechung des Suez-Unternehmens statt, nachdem mit Bekanntgabe des Beschlusses zur Zurückziehung der britisch-französischen Interventionstruppen ein vorläufiger Schlußstrich gezogen war. An der Spitze der Einsichten, die aus der unglücklichen Aktion abgeleitet werden, steht die Wiederherstellung des Vertrauens in den Beziehungen zwischen Großbritannien und den USA und überhaupt die bessere Verständigung zwischen beiden. Ferner wird die Auffassung vertreten, daß Großbritannien engere Bindungen an Europa suchen müsse und sich aus den bereits bestehenden nicht etwa zurückziehen dürfe. Beides setzt eine engere politische Zusammenarbeit als bisher voraus. Sie muß die Möglichkeit ausschließen, daß sich isolierte Unternehmungen außerhalb der von den Vereinten Nationen verkörperten Rechtsordnung und ohne jede Konsultation der Länder wiederholen, mit denen Großbritannien und Frankreich auf Gedeih und Verderb in einem Boot sitzen. Wir alle müssen aus den Erfahrungen lernen, die wir in den letzten Wochen und Monaten gemacht haben.

Das sind auch die Überlegungen und Empfindungen der westlichen Länder, die an dem Suez-Konflikt zwar nicht beteiligt, aber von ihm mit unmittelbaren Folgen und potentiellen Gefahren betroffen worden sind. Sie alle fordern heute eine politische Festigung und Vertiefung der europäischen und atlantischen Gemeinschaft und auch ihre militärische Stärkung, die heute für die Beteiligten der einzige Sicherheitsfaktor ihrer unbedingten friedlichen Existenz ist. Die Verwirklichung dieser Forderungen ist die Voraussetzung dafür, daß die noch schwelenden Brandherde völlig gelöscht und schließlich auch die noch ungelösten Probleme geregelt werden können, zu de-

nen vor allem die Wiedervereinigung Deutschlands gehört.

Nicht warten, sondern fragen!

Der Bundeskanzler hatte leider recht, als er am Freitag vor der Presse erklärte, daß der Zeitpunkt für eine neue Viererkonferenz über Deutschland noch nicht gekommen sei, da zunächst in den akuten Problemen eine Entspannung eintreten müsse. Er meinte den ägyptischen Konflikt und das ungarische Drama, die beide in tragischer Verknüpfung die internationale Politik in einen Spannungszustand versetzt haben, der die aussichtsvolle Behandlung anderer Probleme beinahe ausschließt. Dennoch sollte wenigstens das informativische Gespräch über diese anderen Probleme nicht aufhören. Wenn der Bundeskanzler erfreulicherweise im voraus seiner Genugtuung für den Fall Ausdruck gab, daß der sowjetische Botschafter in Bonn mit Fragen an die Bundesregierung herantreten sollte — man darf das fast als eine Aufforderung betrachten —, so möchten wir hinzufügen, daß die Möglichkeit zu fragen umgekehrt auch für Bonn gegenüber Moskau besteht. Wir gehören nicht zu den Optimisten, die der Meinung sind, daß auf unsere Fragen heute von den Sowjets die gewünschten Antworten gegeben würden. Vielmehr glauben wir, daß in der gegenwärtigen Atmosphäre, wie sie sich in der internationalen Politik zwischen gefährlichen Konflikten ausgebreitet hat, konkrete Verhandlungen und Entscheidungen über die Deutschlandfrage nicht gesucht werden können. Doch meinen wir, daß ein stummer „Attentismus“, ein nur passives Abwarten, noch weniger vertretbar ist; das unverbindlich erkundende Gespräch sollte deshalb nicht aufhören.

Vorrang der Verteidigung

Die Weltpolitik, infolge der Ereignisse der letzten Wochen um manche Erkenntnis bereichert, ist nämlich in einer Entwicklung begriffen, die überraschende Wendungen nicht ausschließt, auch nicht zum Guten. Das ist nicht der geringste Grund dafür, daß wir bemüht sein müssen, die politische Position Deutschlands weiter

zu klären und zu festigen und unserem Lande endlich auch die angemessene Verteidigungskraft zu geben. Bundesfinanzminister Schäffer hatte völlig recht, als er soeben in seiner Etatsrede von der Selbstverständlichkeit sprach, daß die Anstrengungen um eine baldige Verteidigungsbereitschaft sichtbar verstärkt werden müßten.

In diesem Zusammenhang dürfen wir die Tatsache nicht übersehen, daß in letzter Zeit von führenden amerikanischen Zeitungen und Publizisten eine Lösung der Deutschlandfrage unter dem Gesichtspunkt der Neutralisierung und des Abzugs aller fremden Truppen erörtert worden ist. Diese Amerikaner sehen, wie z. B. Walter Lippman, eine große Gefahr für den Fall voraus, daß bei Anwesenheit der fremden Truppen in unserem geteilten Lande „Ostdeutschland einmal explodiert“. Andererseits sehen sie in dem Abzug der sowjetischen Truppen eine Chance dafür, daß die Zone und die anderen Ostblockländer sich von der sowjetischen Herrschaft mit ziemlicher Sicherheit frei machen werden. Für diese Chance sind sie bereit, bei der Lösung der Deutschlandfrage ein erhöhtes Risiko einzugehen. Das ist heute gewiß nicht die Meinung und Haltung der amerikanischen Regierung, die eine solche Betrachtung der Dinge sogar als „absolut unrealistisch“ bezeichnet hat; aber es kann eine Möglichkeit von morgen sein, und wir tun gut daran, sie politisch und militärisch in Deutschland und in Europa in unsere Rechnung einzubeziehen. Dabei dürfen wir die Gewißheit haben, daß die USA niemals aufhören würden, Garant der Freiheit und Sicherheit Europas zu sein. Für uns selbst gilt der Grundsatz, daß jede Lösung der deutschen und der europäischen Frage nur in enger freundschaftlicher Zusammenarbeit mit den USA erfolgen kann.

Bonn, Pankow und die Ostländer

Je schneller und vollständiger der Westen unter sich und dann auch gegenüber Ägypten den durch die englisch-französische Intervention entstandenen Konflikt liquidiert, um so eher ge-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Mindszenty: 29 Tage gefoltert

Enthüllungen vor US-Journalisten

New York (DPA). Der ungarische Kardinal Mindszenty hat in einem Gespräch mit einem amerikanischen Journalisten zum erstenmal über die Folterungen berichtet, die seinem Hochverratsprozeß vorausgingen. Der Kardinal erzählte, daß er 29 Tage und Nächte lang von der kommunistischen Geheimpolizei gefoltert worden sei. Er habe sich nackt ausziehen müssen, sei tagelang mit einem Gummischlauch geschlagen worden, habe in einer kalten Zelle gehaust und sei während der ganzen Zeit am Schlaf gehindert worden. Man habe jedoch keine Drogen verwendet, um ihn zu

falschen Aussagen zu bewegen. Die Grausamkeit, mit der er behandelt worden sei, übersteige die Vorstellungskraft eines normalen menschlichen Wesens bei weitem.

Typisch TASS

Moskau (AP). Die sowjetische Nachrichtenagentur hat die USA „und andere ausländische Staaten“ der „zwangsweisen Massendeportation“ ungarischer Flüchtlinge beschuldigt. Die nach Österreich geflüchteten Ungarn, behauptete TASS, würden gewaltsam von ihrer Heimat verschleppt.

6 000 Flüchtlinge in Deutschland

Wien (DPA). Die Bundesrepublik steht an dritter Stelle in der Reihe der Länder, die Flüchtlinge aus Ungarn aufgenommen haben. Sie hat bis jetzt 6600 Ungarn Zuflucht gewährt. Nur Großbritannien und die Schweiz haben die Bundesrepublik übertroffen und je 8300 Flüchtlinge aufgenommen.

Massengräber in Schlesien

Untaten der stalinistischen Geheimpolizei aufgedeckt.

Warschau (AP/DPA). In den schlesischen Städten Leobschütz und Falkenberg sind Massengräber gefunden worden, in denen die örtliche polnische Geheimpolizei hat der antisowjetischen Strömung in Polen neuen Auftrieb gegeben. Der Haß gegen die Sowjetunion entlud sich auch in Stettin, wo jugendliche Demonstranten die Fensterscheiben des sowjetischen Generalkonsulats zertrümmerten.

Die Aufdeckung der Massengräber meldete die in Oppeln erscheinende polnische Zeitung „Trybuna Opolska“. Die Gräber liegen in beiden Fällen im Garten des Hauptquartiers der polnischen Sicherheitspolizei. Um wie viele Tote es sich handelt, konnte noch nicht ermittelt werden.

Die Ausschreitungen in Stettin begannen, als ein Polizeibeamter einen Betrunkenen festnehmen wollte. Andere Männer griffen den Polizeibeamten an und befreiten den Betrunkenen.

Aus diesem zunächst harmlosen Zwischenfall entwickelten sich dann antisowjetische Demonstrationen. Hunderte von Jugendlichen, vor allem Studenten und Arbeiter, zogen zum sowjetischen Konsulat, schlugen dort mehrere Fensterscheiben ein und versuchten, in das Innere des Gebäudes einzudringen. Erst als Truppen und Einheiten der „Arbeitermiliz“ eingesetzt wurden, zogen sich die Demonstranten zurück. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Das polnische Außenministerium sprach noch am Dienstag dem sowjetischen Botschafter in Polen das Bedauern der Regierung über die antisowjetischen Kundgebungen aus und sagte die Wiedergutmachung des angerichteten Schadens sowie die Bestrafung der Schuldigen zu.

Die Warschauer Zeitung „Zycie Warszawy“ forderte am Dienstag die Rehabilitierung zweier Führer der „Jüdischen sozialistischen Bewegung in Polen“, die im Dezember 1941 in der Sowjetunion verhaftet und hingerichtet wurden. Sie waren beschuldigt worden, „sowjetische Soldaten zur Einstellung des Blutvergießens und zum Abschluß eines Friedens mit Deutschland aufgerufen zu haben“. Die beiden seien Opfer eines Systems, das als „Berijanismus“ bezeichnet wurde.

Massenverhaftungen in Bulgarien

Bauern widersetzten sich der Kolchosierung

Wien (AP/DPA). Von Deportationen, Massenverhaftungen und regierungsfeindlichen Demonstrationen in Bulgarien berichteten Reisende aus Sofia.

Nach diesen Darstellungen sollen Bauern, die sich der Zwangseingliederung in Kolchosen entzogen und in Sofia niedergelassen hatten, „ver-

schiekt“ worden sein. Unter den Deportierten befänden sich auch „politisch unzuverlässige“ Personen. Weiter berichteten die Reisenden, daß etwa 200 Studenten der Universität von Sofia und verschiedener technischer Hochschulen in den letzten Wochen festgenommen worden seien.

Kirchenkampf in Polen beendet

Zugeständnisse auf beiden Seiten

Warschau (AP/DPA). Zwischen Vertretern der polnischen Regierung und der katholischen Kirche in Polen ist nach mehrwöchigen Verhandlungen eine Einigung über eine Reihe von bisher zwischen Kirche und Staat umstrittenen Fragen erzielt worden.

Ein Übereinkommen wurde in folgenden sechs Punkten erzielt:

1. Das gemeinsame Verhandlungskommuniqué ersucht die Regierung, den Erlaß zu annullieren, der dem Staat weitgehende Rechte bei der Besetzung kirchlicher Posten sicherte.

2. In polnischen Schulen wird in Zukunft wieder in voller Freiheit auf der Grundlage freiwilliger Beteiligung Religionsunterricht erteilt. Religionslehrer werden von den Schulbehörden im Einvernehmen mit der Kirche ernannt und vom Staat bezahlt.

3. Der katholischen Kirche wird wieder die geistliche Betreuung der Patienten in den Krankenhäusern ermöglicht.

4. Auch in den polnischen Gefängnissen soll wieder eine geistliche Betreuung durch die Gefängnispfarrer künftig ermöglicht werden.

5. Alle Priester und Nonnen, die 1953 aus ihren Heimatorten, insbesondere den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten, ausgewiesen wurden, dürfen zurückkehren.

6. Es wurde eine Einigung über die fünf neuen Bischöfe erzielt, die der Vatikan als Generalvikare in den Gebieten östlich von Oder und Neiße eingesetzt hat.

Das Abkommen dürfte möglicherweise zu einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und dem Vatikan führen.

Polen will mehr Deutsche aussiedeln

Warschau (AP/DPA). Das Präsidium des polnischen Wojwodschafsvolksrates Stettin ist ermächtigt worden, Ausreisegenehmigungen für noch in Stettin lebende Deutsche auszustellen, die zu ihren Angehörigen in der Bundesrepublik reisen wollen. Dadurch soll die Umsiedlung aus den jetzt von Polen verwalteten ehemaligen deutschen Ostgebieten beschleunigt werden. Nach einer Meldung von Radio Warschau sollen die ersten beiden Transporte mit etwa 600 deutschen Umsiedlern noch in diesem Monat in die Bundesrepublik abgehen. Im Gebiet von Stettin leben nach polnischen Meldungen noch mehrere Tausend Deutsche, von denen viele in die Bundesrepublik umsiedeln möchten.

Bundestag diskutiert Osthandel

Brentano: Politik und Wirtschaft trennen!

Bonn (Eigenmeldung). Bundesaußenminister Dr. von Brentano hat darauf hingewiesen, daß es eine große politische Entscheidung für die Bundesregierung sei, ob sie Beziehungen zu den Staaten jenseits des Eisernen Vorhanges herstellen soll. In einer Erklärung vor dem Bundestag gab er bekannt, daß von den 93 Staaten der Welt nur elf die Regierung der Sowjetzone anerkennen, während alle anderen ihre Anerkennung verweigern. Es sei ein schwerer Entschluß für die Bundesregierung, ob sie dazu beitragen solle, „daß morgen vielleicht 92 Staaten statt die-

ser elf Staaten Pankow anerkennen“.

Bei der Beantwortung von Anfragen der Oppositionsparteien über den deutschen Osthandel vertrat Brentano die Auffassung, daß zwischen Politik und Wirtschaft streng unterschieden werden müsse. Die Bundesregierung sei nicht bereit, Politik um gewisser Wirtschaftsinteressen willen zu treiben. Es könnte erste politische Gründe geben, die vielleicht die Bundesregierung veranlassen sollten, Beziehungen zu den Ländern des Ostens herzustellen, wie die FDP in einem Antrag vorgeschlagen hatte. Es sei aber fraglich, ob der jetzige Zeitpunkt richtig gewählt sei. Auf jeden Fall dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß die Bundesrepublik bestimmte Entwicklungen in diesen Ländern fördern wolle. Brentano erklärte, er habe volles Verständnis für das große Interesse dieser Länder an Beziehungen zur Bundesrepublik. Aber auch die Bundesrepublik habe eine Frage an diese Länder zu stellen, nämlich wie sie zu der Tatsache stünden, „daß 17 Millionen Deutsche von uns getrennt leben und von der Gesamtheit des Ostblocks gehindert werden, sich mit uns zu vereinigen“.

Christbäume an der Zonengrenze

Bonn (AP). Von einem Bonner Arbeitskreis werden auf Anregung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland im Einvernehmen mit dem Bund erstmals am Heiligen Abend an rund 300 markanten Plätzen entlang der 1326 Kilometer langen Zonengrenze von Lübeck bis zum Fichtelgebirge elektrisch illuminierte Weihnachtsbäume aufgestellt.

Ausbau der Hauptstadt

Zwei Bundesministerien sollen nach Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Der Ausschuß für Bundesangelegenheiten des Abgeordnetenhauses hat sich erneut mit dem Dringlichkeitsantrag der drei Fraktionen über den Ausbau der Hauptstadt Berlin beschäftigt. Übereinstimmend wurde eine Empfehlung an das Abgeordnetenhaus ausgearbeitet, die u. a. Vorschläge über die Verlegung von Bundesministerien und weiteren Bundesbehörden nach Berlin vorsieht.

Wie verlautet, sollen nach

Ansicht des Ausschusses sowohl das Bundespostministerium als auch das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen ihren Hauptsitz in Berlin haben und u. a. das Amt für Schuldenverwaltung, die Aufsichtsbehörde für Kreditwesen sowie das Kartellamt nach hier verlegt werden. Bundespräsident, Bundestag und Bundesrat sollen sooft wie nur möglich ihre Amtsgeschäfte bzw. ihre Parlaments-tätigkeit von Berlin aus führen bzw. ausüben.

So sind sie wirklich:

„Jede Stunde kostet mich Millionen!“

Im Zusammenhang mit der Arbeitszeit-Verkürzungs-Diskussion wurde in den letzten Wochen immer wieder der Name Gerhart Ziller genannt. In seinen Händen liegt die 45-Stunden-Woche, die Ulbricht den sowjetzonalen Arbeitern als Nahziel versprochen hat. Er ist aber auch verantwortlich für die Automatisierung, die einmal zur 42- und dann zur 40-Stunden-Woche führen soll. Was haben die Industriearbeiter von diesem Mann zu erwarten?

Ziller gehört zu dem jungen Funktionärs-Team, das sich im SED-Zentralkomitee um das Politbüromitglied Fred Oelßner gebildet hat. Er ist heute 44 Jahre alt. In Dresden als Sohn eines Hilfsarbeiters geboren, wurde er Elektromechaniker und qualifizierte sich durch das Arbeiterbildungswerk zum Hilfskonstrukteur. Mit 15 Jahren trat er dem kommunistischen Jugendverband bei, um als 18-jähriger Mitglied der KPD zu werden. Mehr als zwei Jahre war er in der Folgezeit als politischer Redakteur an verschiedenen sächsischen KP-Zeitungen tätig, bis ihn die Nazis verhafteten und für 18 Monate wegen „Hochverrats“ ins Zuchthaus sperrten. Aus der anschließenden KZ-Haft wurde er durch Intervention seiner Firma befreit, die ihren ehemaligen Teilkonstrukteur für kriegswichtige Aufgaben reklamierte. Zusammen mit einer Leipziger Widerstandsgruppe bildete Ziller hier einen großangelegten Sabotagering, der erst Anfang 1945 von der Gestapo gesprengt werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt aber befand sich Ziller bereits in der Illegalität.

Fachmann für Enteignungen

Die Sowjetische Militäradministration setzte ihn kurz nach dem Zusammenbruch als Stadtrat für Wirtschaft in Meißen ein. Von hier aus kam er in die spätere Landesregierung Sachsen als Leiter der Hauptabteilung Industrie. Sein Verdienst ist die rasche Enteignung der sächsischen Kleinindustrie, die er ohne Rücksicht auf die Struktur der sächsischen Wirtschaft

GERHART ZILLER

verstaatlichen ließ. Im April 1949 wurde er sächsischer Minister für Industrie und Verkehr.

Sein eigentlicher Start begann 1950, als man ihn mit dem Portefeuille eines Ministers für Maschinenbau nach Ostberlin berief. Der aus seinen eigenen Pannen lernende ehrgeizige Ziller verstand es, in kurzer Frist die Basis für einen sowjetzonalen Werkzeugmaschinen-Export zu organisieren. Als Ulbricht im Februar 1953 das Industrieministerium in drei Fachministerien aufteilen ließ, übertrug er dem relativ jungen Ziller die Organisation des staatswichtigsten Faktors: der Schwerindustrie. Zillers rücksichtsloses Durchgreifen hat viel zum 17. Juni beigetragen. Die Chronisten des Volksaufstandes haben ihn bei der Aufzählung der Schuldigen vergessen. Vielleicht, weil Ziller immer gern im Hintergrund zu bleiben versuchte. In eingeweihten Kreisen wußte man jedoch, warum Ziller im

Jugendweihe ablehnen

Berlin (DPA). Gegen die atheistische Jugendweihe hat das bischöfliche Ordinariat Berlin erneut in einer Erklärung Stellung genommen. Darin heißt es, die Propaganda zur Teilnahme an der Jugendweihe stelle die katholischen Kinder im sowjetisch besetzten Gebiet vor die Entscheidung, entweder dem katholischen Glaubensbekenntnis und Taufgelübde die Treue zu halten oder in der Jugendweihe ein Gelöbnis abzulegen, das im Widerspruch zu Christus und der Kirche steht.

Das Ordinariat erinnert daran, daß von führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Zone sowie vom Zentralausschuß der Jugendweihe wiederholt die Freiwilligkeit der Teilnahme an dieser Weihe betont worden sei. Katholische Schulabgänger und deren Eltern müßten deshalb aus christlicher Verantwortung und Treue zu ihrem Glauben in jedem Falle eine Aufforderung zur Teilnahme an der Jugendweihe ablehnen.

Januar 1954 „wegen Übernahme einer Parteifunktion“ das Kabinett Grotewohl verlassen mußte. An Macht hatte Ziller dadurch nichts eingebüßt: Er wurde Sekretär für Wirtschaftspolitik im Zentralkomitee der SED, eine der wichtigsten Schlüsselpositionen geriet damit in seine Hand.

Gefolgsmann Ulbrichts

Mit dem ersten Augenblick seines Eintritts in den „Apparat“ wurde Ziller ein Mann Ulbrichts. Dieser hatte den ehrgeizigen Funktionär unmittelbar nach dem Juni-Aufstand in das Zentralkomitee kooptieren lassen. Fortan verstand es Ziller, sich sowohl des unbedingten Vertrauens Ulbrichts zu versichern als auch mit dem Ulbricht-Gegner Oelßner gemeinsame Interessen zu verfolgen. Niemand würde dem sich etwas krampfartig intellektuell gebärdenden Ziller heute den früheren Fabrikarbeiter ansehen. Aber mit der äußerlichen Abkehr von der Arbeiterklasse ist auch eine innere Einstellung gegen die sozialen Forderungen seiner einstigen Klassengenossen verbunden. Ziller war es, der immer wieder in Auseinandersetzungen selbst mit den wenig sozial gestimmten Funktionären des FDGB-Bundesvorstandes die These verfocht: „Wir können keine sozialen Zugeständnisse machen, ehe nicht der letzte volkseigene Betrieb rentabel ist!“ Gegen die 45-Stunden-Woche kämpfte er mit dem Argument: „Jede Stunde kostet mich Millionen!“

Sowohl Ulbricht als auch der gegenwärtig die wichtigsten Parteigeschäfte besorgende Schirdewan wissen, daß Ziller der beste Mann ist, um die 45-Stunden-Woche auf das langsame Gleis zu schieben. Er, der für alle Export- und Automatisierungspläne verantwortlich zeichnet, wird die 45-Stunden-Woche mit so viel Bedingungen an die Arbeiter verknüpfen, daß sie zum Schluß bestimmt nicht mehr als „Geschenk“ einer fortschreitenden Entwicklung der Industrie aufzufassen ist.

SED für weitere Kollektivierung

Neuer Landwirtschaftsplan: Aus Fehlern nichts gelernt!

Mit vielen agitatorischen Entstellungen hat der Sekretär für Landwirtschaft beim SED-Zentralkomitee, Erich Mückenberger, in diesen Tagen die neue Bauernpolitik der Sowjetzonenregierung umrissen. Danach gibt es keinen Zweifel mehr: Die SED hat sich in ihrer Agrarplanung auf so lange Frist hin festgelegt, daß sie selbst bei gutem Willen nicht instande wäre, die verhängnisvolle Kollektivierung abzustoppen. Die eilig zusammengewürfelten LPG's haben enorme Kredite verschlungen. Die SED wagt nicht, diese Fehlinvestitionen abzubuchen, folglich steckt sie in das wirtschaftsschwache Unternehmen neue Kredite hinein. Gleichzeitig drängt sie auf die weitere Kollektivierung, weil sie der irrigen Meinung ist, 12 000 LPG's arbeiten rentabler als die bestehenden 6300.

Nur so kann man die neue Landwirtschaftspolitik der SED begreifen. Stünde die Partei noch einmal am Anfang aller Bemühungen, fände sie vielleicht einen besseren Plan. So aber befindet sie sich in einer Zwangslage, die Fehler von gestern fordern die von morgen heraus. Das Tragische daran ist nur: Jeder Fehler auf dem Agrarsektor trifft den Mann in der Zone direkt. Hier wird die Aufhebung der Rationierung entschieden, hier ein großer Teil des Reallohns festgelegt. Jede Stunde, die die ohnehin genug geplagte Hausfrau im kommenden Frühjahr nach Kartoffeln Schlange stehen muß, jedes dem Kind entzogene Liter Milch ist der Zoll, den die Bevölkerung für eine falsche Bauernpolitik entrichten muß.

Kein Zwang mehr!

Eines jedoch hat die SED auf jeden Fall gelernt: Sie warnt ihre ländlichen Parteiorganisationen, bei der weiteren Kollektivierung Zwang anzuwenden. Ob sie diesen Vorsatz beibehält, wird die Zukunft erweisen. Denn die Chancen, daß die Bauern ihr Land freiwillig für neue Experimente hergeben, sind erfahrungsgemäß gering. Nun die neuen Direktiven der SED:

1. Die bestehenden LPG's werden durch weitere Staatskredite gestützt und kommen in den Genuß eines neuen ländlichen Bauprogramms. Der Bau von Gemeinschaftshäusern und -stallungen steht neben der Kleinmechanisierung im Vordergrund. 2. Die Kleinmechanisierung ist ein Eingeständnis für das Versagen der MTS. Jene LPG's, die ausschließlich auf die Hilfe der MTS ange-

wiesen waren, hatten in diesem Jahr schwere Ernteverluste. Das von der Sowjetunion vorexerzierte und von der SED ohne Überlegung angenommene MTS-System gefährdet im Falle technischer Pannen die gesamte Erntearbeit, wobei kleinste Fehler verhängnisvolle Auswirkungen zeitigen können. Jetzt werden die LPG's eine Minimalausrüstung an Maschinen und Traktoren kaufen können, um wenigstens in den notdürftigsten Landaufarbeiten von den MTS unabhängig zu sein. 3. Die von flüchtenden Bauern zurückgelassenen „herrenlosen Flächen“, die heute bereits einen großen Prozentsatz bäuerlichen Nutzlandes ausmachen, sollen von bereits gebildeten LPG's übernommen oder zu neuen LPG's zusammengefaßt werden. Kollektivwirtschaften, die derartigen

Und die Einzelbauern?

Die staatliche Hilfe für den Einzelbauern, die Mückenberger im Frühjahr versprochen, hat man in diesem Programm offenkundig vergessen. Dem privaten landwirtschaftlichen Betrieb steht es lediglich frei, zu ortsüblichen Preisen Kleintraktoren und Erntegeräte zu kaufen. Bisher mußte er diese zu nicht geringen Preisen bei der MTS entleihen. Jeder Bauer benötigt dafür aber Kredite. Theoretisch kann er solche beantragen, in der Praxis reicht die Kreditdecke gerade knapp für die LPG's. Aber auch ein Zugeständnis macht die SED: Der Anbauplan für Getreide und Kartoffeln wird ab Januar aufgehoben. Die Regierung hat festgestellt, daß man die beste Art der Bodennutzung zweckmäßigkeitshalber dem Bauern

SSD, herhören!

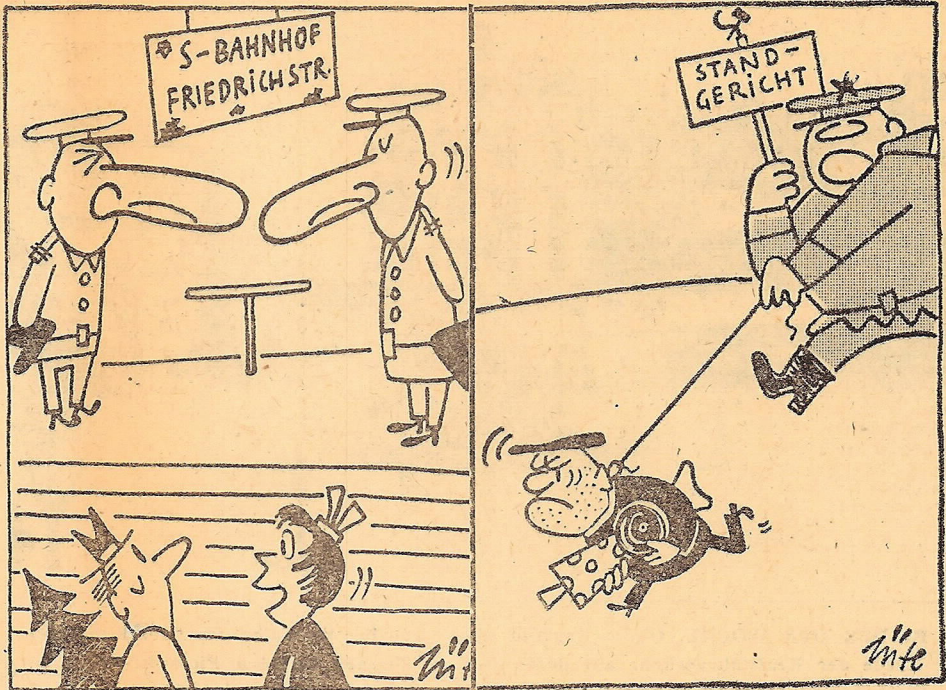
Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
 Druck: W. Büxenstein, GmbH.

Boden übernehmen, bekommen als Gegenleistung die staatlichen Kredite für die Rückzahlung gestrichen. 4. Die Aktion „Arbeiter aufs Land“ wird auch im kommenden Jahr fortgesetzt. Dazu sollen rund 1000 „wissenschaftliche Kader“ in den LPG's angesiedelt und nach Möglichkeit als Mitglieder aufgenommen werden.

überläßt. Hätte man das bereits vor drei Jahren getan, wäre den nach Kartoffeln anstehenden Hausfrauen manches erspart geblieben.

Aber diese kleine Einsicht ändert nichts an der Tatsache, daß die SED in ihren verhängnisvollen Kollektivierungsabsichten bestärkt worden ist. Und wo kein Zwang ausgeübt werden darf, beginnt der wirtschaftliche Druck. Halbe Reformen stehen einer gleichbleibenden Uneinsichtigkeit im großen Rahmen gegenüber. Der erste Erfolg: Die Aufhebung der Rationierung ist auf vorerst Herbst 1957 hinausgeschoben worden. „Die Reserven reichen nicht!“ sagt die SED. Der Bauer aber ist gewiß nicht schuld daran ...



„Spezialabteilung der Vopo:
Schnüffelkontrolle“

„Such Kadar, such!“

Aus den Erfahrungen lernen!

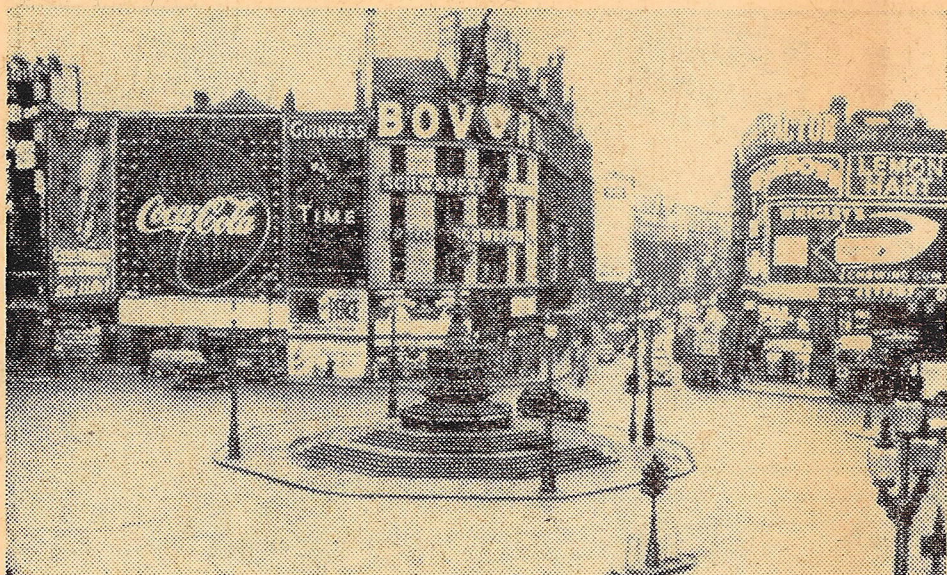
(Fortsetzung von Seite 2)

winnt er die moralische Überlegenheit seiner Diplomatie zurück, die leider schwer gelitten hat. Es sollte dann nicht allzu schwer sein, aus der Tatsache Nutzen zu ziehen, daß die Brüchigkeit des kommunistischen Machtssystems erkannt und vor allem der brutale Neo-Kolonialismus Moskaus nun auch von den großen asiatischen Völkern deutlicher als bisher gesehen wird. Hier bieten sich einer klugen, mit Gestaltungskraft begabten Diplomatie für die Lösung der noch offenen Probleme gute Chancen an. Sie können jedoch nur dann genutzt werden, wenn der Westen als Ganzes im Sinne des von der UN vertretenen Rechts wieder glaubwürdiger geworden ist. Das berührt unmittelbar auch die weitere Entwicklung in den Ländern des Ostblocks.

Hier ist Deutschland als Nachbar und historisches Bindeglied östlichen und westlichen Lebens besonders interessiert. Bundesaußenminister von Brentano, der sich dieser Tage mit den Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern befaßt, hat zu einer gewissen Vorsicht geraten, damit nicht der schädliche Eindruck entsteht, als ob wir uns mit einer Förderung gewisser Tendenzen in die innere Entwicklung dieser Länder einmischen wollten. Eine solche Vorsicht ist gewiß begründet, aber man sollte mit dem Hinweis auf sie nicht alles unterlassen, was als Möglichkeit faktischen diplomatischen Kontaktes zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Ländern heute als erwünscht erscheint. Der deutsche Standpunkt in dieser Frage ist an sich klar und weit entfernt von jeder Einmischung. Wir

haben das gute Recht, zu fordern, daß eine fremde Regierung, mit der wir sprechen, eine eigene, selbständige und unabhängige Meinung und Entscheidung hat. Anderenfalls lohnt es sich nämlich nicht, miteinander zu sprechen. Ob diese Regierung kommunistisch ist oder nicht, das berührt uns dann nicht. Es wäre eine Einmischung, wenn wir das Land in dieser Hinsicht beeinflussen wollten.

Eine Einmischung ist es jedoch nicht, sondern es ist unsere ureigene gesamtdeutsche Angelegenheit und Pflicht, wenn wir die Anerkennung des kommunistischen Systems von Pankow kategorisch ablehnen und fordern, daß es verschwindet. Diese Regierung nämlich ist nicht nur völlig abhängig von Moskau, sie selbst ist vielmehr die brutalste Einmischung in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes, die wir je erlebt haben. Das ist der Unterschied.



BILDER DER WOCHE. Oben: England ohne Benzin. Als Folge des Suez-Konfliktes wurde der Kraftfahrverkehr auf dem sonst so überaus belebten Piccadilly-Platz in London zum Erliegen gebracht. — Unten: Der italienische Staatspräsident Gronchi stattete der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch ab. Unser Bild zeigt ihn bei seiner Ankunft in Bonn. Links: Bundespräsident Heuss.

